

## Negativkoalition aus Energie-Lobby und fehlgeleiteter Sozialpolitik blockiert besten Teil des Sparpakets

Wie sich Brüderle und Beck wider ökologisch und ordnungspolitisch besseren Sachverstand zu Erfüllungsgehilfen partikularer Industrie-Interessen machen

*Manchmal entstehen Sternstunden der Politik dadurch, dass sich einige vernünftiger verhalten, als man das von ihnen erwartet hätte. Sie können aber auch schnell scheitern – vor allem wenn sich andere unvernünftiger verhalten, als man ihnen zugetraut hätte.*

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble plant mit dem Abbau von ÖkosteuerAusnahmen, der Einführung einer Brennelementesteuer und der Erhebung einer Luftverkehrsteuer de facto eine Ausweitung der Öko-logischen Steuerreform. Mit einem Gesamtvolumen von gut 4 Mrd. Euro im Jahr würde sie zwar wesentlich kleiner ausfallen als ihre große Schwester aus den Jahren 1999 bis 2003 – damals waren es rund 18 Milliarden Euro. Trotzdem erstaunt dieses Volumen angesichts der politischen Koalition, die dieses Paket eronnen hat. Alle drei Parteien waren bisher eher durch unterschiedene Ablehnung jeder Form von Ökosteuern hervorgetreten. Das neue Paket gibt ihnen die Chance, sich als progressive Erneuerer der Ökosteuer zu profilieren und gleichzeitig deren beste Argumente zu Eigen zu machen.

Während es unter Rot-Grün eigentlich nur um einen aufkommensneutralen Abgabentausch nach dem Motto „tax bads, not goods“ ging – Umweltsteuern hoch, Sozialversicherungsbeiträge runter – hat Schäuble die undankbare Aufgabe, Nettoeinnahmen für den Staathaushalt erwirtschaften zu müssen. Die großen Wohltaten – in Form von Konjunkturprogrammen historischen Ausmaßes – durfte schon Schäuble-Vorgänger Steinbrück verteilen. Angesichts dieser gigantischen Ausgaben muss auch die jetzt anstehende Gegenfinanzierung historische Dimensionen erreichen. Nur vor dem Hintergrund des massiven Geldbedarfs lässt sich die neue Offenheit der Koalition für die „Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft“ erklären. Für Geld tun die Leute alles – manchmal sogar das Gute.

Aber tun sie es wirklich, oder sind sie von ihrer eigenen Courage bereits erschrocken? Bisher steckt das Sparpaket noch in den Geburtswehen. Kaum ist die Geburt angekündigt, stehen auch schon die Lobbyisten Schlange und warnen angesichts der öko-fiskalischen Bestandteile wieder einmal vor der unmittelbar bevorstehenden De-Industrialisierung des Landes. Tausende Arbeitsplätze seien in Gefahr, wenn die Regierung ihre Pläne umsetze. Völlig vergessen wird dabei, dass die sonst erforderlichen Alternativen für eine Konsolidierung des Bundeshaushalts – etwa eine Mehrwertsteuererhöhung, die die Konjunktur abwürgt oder höhere Sozialversicherungsbeiträge, wie sie die Koalition bei den Krankenversicherungen gerade einleitet – erst recht Arbeitsplätze gefährden würden. Das teilweise Abschmelzen der Subventionen für energieintensive Industrien und für die Luftfahrtindustrie verbessert dagegen die Anreize zu mehr Energieeffizienz bzw. erhöht die Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den Verkehrsträgern. Anders als etwa bei der Mehrwertsteuer treffen Nachfrageausfälle durch höhere Energiesteuern zu einem nicht geringen Teil ausländische Energielieferanten. Doch gerade der klimaschädlichste Verkehrsträger und ausgerechnet die Unternehmen mit dem höchsten Energieverbrauch sind heute von der Ökosteuer weitgehend befreit!

Die Ausnahmen für das Produzierende Gewerbe müssen maßvoll sein und auf Bereiche konzentriert werden, die tatsächlich gleichzeitig energieintensiv sind und in einem harten internationalen Wettbewerb stehen. Dass das beispielsweise bei der Zementindustrie der Fall sei, kann wohl kaum jemand behaupten. Die energieintensivsten Bereiche wie die Glas-, Keramik-, Zement-, Kalk-, Baustoff-, Düngemittel- und Metall verarbeitende Industrie werden nach den bisherigen Plänen aber auch künftig grundsätzlich von der Ökosteuer ausgenommen.

Und die Brennelementesteuer greift nur zusätzliche Profite der Atomkonzerne durch den Emissionshandel ab – wohlgermerkt unvollständig. BDI-Hauptgeschäftsführer Schnappauf meint dagegen, sie entziehe „den Unternehmen Mittel, die nötig sind, um in erneuerbare Energien zu investieren“. Man fragt sich, was die großen Energiekonzerne in den letzten Jahren daran gehindert hat, ihre bisher unbesteuerten Windfall-Profits von 5 Mrd. Euro jährlich in Erneuerbare Energien zu investieren! Davon ist leider wenig zu sehen gewesen.

Auch die bisher geäußerten Argumente gegen die Einführung einer ökologischen Luftverkehrsteuer sind wenig überzeugend. Wenn der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck und andere nun eine europaweite Einführung der Ticket-Abgabe fordern, so ist das mehr als abwegig. Wird doch die Luftverkehrsabgabe als eigentlich bloß drittbestes Instrument nur deshalb national eingeführt, weil sich das first-best-Instrument einer internationalen Kerosinsteuer bisher nicht durchsetzen ließ. Auch beim theoretisch zweitbesten Instrument des Emissionshandels für den Flugverkehr wird dieser wiederum gegenüber der Bahn bevorzugt, da er 85 Prozent der Zertifikate umsonst zugeteilt bekommt und auch das so genannte CAP, also die Emissionsobergrenze, mehr als bescheiden definiert ist. Mit Großbritannien, Niederlande und Frankreich hatten die drei größten Wettbewerber im europäischen Flugverkehr bereits eine Flugticket-Abgabe. Deutschland hatte sich dem bisher verweigert und so als Steueroase die Niederlande unter Druck gesetzt, seine Ticket-Abgabe wieder abzuschaffen. Daraus ein Argument gegen die Einführung einer solchen Abgabe in Deutschland zu stricken ist schon abenteuerlich. Zumal auch in den Niederlanden dieses Argument vorgeschoben war. Einen leichten Rückgang bei den Fluggastzahlen gab es damals in den Niederlanden wie in Deutschland – er war überwiegend konjunkturbedingt und hatte nur wenig mit einer Abwanderung nach Deutschland zu tun.

Die Ticket-Tax ist das einzig soziale Element im Sparpaket. Sie trifft die Vielflieger – Geschäftsreisende und Wohlhabende, die mehrmals im Jahr in den Urlaub fliegen oder zum Shoppen nach New York. Das können sich Menschen mit geringem Einkommen schon heute nicht leisten. Über die Hälfte der Menschen in Deutschland ist noch nie geflogen – global sind es 95 Prozent. Von den Folgen des Flugverkehrs werden dagegen vor allem die armen Menschen getroffen – sei es als Anwohner von Flughäfen durch Fluglärm, oder in Entwicklungsländern durch die Auswirkungen des Klimawandels. Spannend, dass ausgerechnet Teile von Verdi und der SPD hier eine unheilvolle Allianz mit dem Wirtschaftsminister eingehen. Ist das das neue Verständnis von internationaler Solidarität?

Eine Wettbewerbsverzerrung, wie sie Kurt Beck in der Abgabe entdeckt haben will, ist v. a. die bisherige Nichtbesteuerung von Kerosin im Vergleich zu sonstigen Mineralölen und die Befreiung internationaler Flüge von der Mehrwertsteuer. Mehr als 11 Mrd. Euro betragen diese ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. Von daher sind die Pläne Schäubles mehr als bescheiden: gerade mal 1 Mrd. davon soll durch die Ticket-Abgabe abgegriffen werden. Das soll nicht zu verkraften sein?

Dass man für 15 Euro von Deutschland nach Spanien fliegen kann, ist einfach pervers. Wer nun um die Vorteile seiner Regionalflughäfen fürchtet und deswegen den Subventionsabbau blockiert, dessen politischer Horizont scheint nicht mehr weiter als bis zum nächsten Regionalflughafen zu reichen. Die Generationengerechtigkeit wird immer gern in Sonntagsreden im Mund geführt, aber wenn die wohlhabenden fünf Prozent der Weltbevölkerung die Zukunft dieses Planeten verfliegen, dann ist sie flugs vergessen. Schade, dass die sozial-liberale „Saumagen-Connection“ Beck-Brüderle sich hier anti-ökologisch gegen die schwarz-grüne „Pizza-Connection-Plus“ aus Schäuble, Röttgen und Trittin stellt.

Brüderle hatte sich bei Opel und Karstadt als klassischer Ordnungspolitiker profiliert. Und das ist auch gut so. Er sollte dieses mühsam gewonnene Profil nun nicht wieder in Gefahr bringen, indem er sich gegen den wenigstens ansatzweise eingeleiteten Subventionsabbau in der Wirtschaft stellt. Denn der bringt nicht nur bitter benötigtes Geld ins Staatssäckel und freut die Erben Ludwig Er-

hards; er ist auch ein Beitrag zu effektivem Klimaschutz. Gerade einer FDP, die die Staatsquote tendenziell senken will, müsste es doch gut ins Konzept passen, auf der einen Seite umweltschädliche Subventionen zu sparen und auf der anderen Seite dann nicht zusätzliches Geld in die Hand nehmen zu müssen, um den entstanden ökologischen Schaden wieder zu reparieren.

Die rund 4 Mrd. Euro, die die Bundesregierung in diesem Bereich nun an Subventionen und Steuerergünstigungen bzw. anderweitigen Vorteilen für einzelne Industrien abbauen will, kann dabei erst der Anfang sein. Das Umweltbundesamt hat die jährlichen umweltschädlichen Subventionen auf mindestens 48 Mrd. Euro in Deutschland beziffert. Finanzminister Schäuble hat hier also auch für die kommenden Jahre ein weites Betätigungsfeld in dem er noch so manchen Schatz wird heben können.



*Diplom-Volkswirt Damian Ludewig, Jahrgang 1980, ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS). Er vertritt das FÖS und den Deutschen Naturschutzring (DNR) im Sprecherrat der Klima-Allianz, einem Bündnis aus über 100 Organisationen aus den Bereichen Kirchen, Entwicklung, Umwelt, Wirtschaft und Gewerkschaft. Im Institut solidarische Moderne ist er Mitglied des Kuratoriums. Von 2004 bis 2008 war er Jugendvertreter im Präsidium des DNR. Vor seiner Tätigkeit als FÖS-Geschäftsführer arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für zwei Bundestagsabgeordnete.*

*Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)  
Schwedenstraße 15a  
D-13357 Berlin  
Fon: 030-76 23 991-30 Fax: -59  
Email: foes@foes.de*